

## Daten | Fakten | Argumente

### THEMA DER WOCHE

## Frankreich ein Jahr nach Macrons Wahl

Seit dem 14. Mai 2017 ist Emmanuel Macron französischer Präsident. Rasch hat er ein ehrgeiziges Reformprogramm für Frankreich und die Europäische Union in Angriff genommen. Der französische Staat soll dabei verschlankt werden. Mit wirtschafts- und steuerpolitischen Maßnahmen will er mehr Investitionen und Beschäftigung auslösen sowie mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt ermöglichen. Europa soll krisenfester und investitionsfreundlicher werden. Ein Jahr später hat Macron das Image von Frankreich in der Welt zwar deutlich verbessert, der Gegenwind im Land – nicht zuletzt von den Gewerkschaften – nimmt aber zu.

**Mit Steuer- und Arbeitsmarktpolitik mehr internationale Wettbewerbsfähigkeit**

■ Französische Unternehmen werden steuerlich entlastet: Die Körperschaftsteuer wird schrittweise bis 2022 von aktuell 33,33 auf 25 Prozent abgesenkt. Für Kapitaleinkünfte gilt künftig ein einheitlicher Steuersatz. Die Vermögensteuer wird abgeschafft und durch eine reine Immobiliensteuer ersetzt. Aus Sicht des DIHK sind diese Maßnahmen geeignet, um die Steuerlast auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau abzusenken und eine Substanzbelastung von Unternehmen zu vermeiden.

Arbeitsrechtliche Veränderungen sollen Einstellungen fördern und Bürokratie abbauen. Regelungen zu Arbeitszeit, Entlohnung und mobilem Arbeiten sollen anders als bisher dezentral im Unternehmen vereinbart werden. All diese Reformen zielen auch auf Handelspartner und Investoren aus dem benachbarten Ausland: Rund 4.000 deutsche Unternehmen in Frankreich beschäftigen über 330.000 Mitarbeiter und setzen um die 160 Mrd. Euro pro Jahr um.

**Stärkere und attraktivere betriebliche Ausbildung (apprentissage)**

■ Die bisher überwiegende vollzeitschulische Berufsausbildung soll grundlegend reformiert werden. Der geringe Anteil von nur sieben Prozent Jugendlicher in Ausbildung soll unter anderem durch schulische Berufsorientierung, höhere Ausbildungsvergütungen und eine staatliche „Fördergarantie“ für jeden Ausbildungsvertrag signifikant erhöht werden. Durch finanzielle, administrative und rechtliche Erleichterungen soll die bisher gering ausgeprägte „Ausbildungskultur“ der französischen Unternehmen verbessert werden. Insbesondere die Branchenpartner sollen die Ausbildung mitgestalten, um sie möglichst passgenau auf den unternehmerischen und regionalen Qualifikationsbedarf zuzuschneiden.

Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit von fast 22 Prozent und bei gleichzeitigem Mangel an praxisnah ausgebildeten Fachkräften ist die Attraktivitätssteigerung der apprentissage das Gebot der Stunde – für eine gute Jugendbeschäftigung und den Fachkräftenachwuchs der Unternehmen.

**Europapolitik: harte Probe für die deutsch-französische Freundschaft**

■ Für die Eurozone schlägt Präsident Macron ein Parlament, einen Finanzminister und ein Budget vor, das Zukunftsinvestitionen finanzieren und Länder in Wirtschaftskrisen stützen soll. Wachstums- und Reformmaßnahmen sollen öffentliche und private Investitionen ankurbeln. Diese Vorschläge sieht der DIHK kritisch. Denn für mehr Investitionen gibt es bereits jetzt Instrumente wie beispielsweise den sogenannten Juncker-Fonds, die durch eine zusätzliche Linie zur Investitionsförderung innerhalb des EU-Haushalts ergänzt werden könnten. Wichtig ist, dass die Vergabe von Mitteln an die Einhaltung von Konvergenzkriterien und die Umsetzung von Reformen geknüpft ist.

**Pragmatische Politik nicht ohne Grenzen**

■ Nach einem Jahr im Amt lässt sich folgendes Fazit ziehen: In Frankreich konnte der Präsident wichtige Änderungen in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik erreichen. Bei der Berufsbildungsreform müssen die guten Ansätze in die Tat umgesetzt werden – und das unter Einbindung der Unternehmen und auch der Industrie- und Handelskammern (CCI) als relevante Berufsbildungsakteure mit unmittelbarer Nähe zu den Betrieben. Auf EU-Ebene gibt es aus guten Gründen Widerstand aus Berlin zu den Plänen. Auch die anstehende Reform des öffentlichen Dienstes, der Renten- und der Arbeitslosenversicherung stellen zusammen mit der Bahnreform eine harte politische Kraftprobe dar. Die pragmatische Politik von Macron, alte Zöpfe rasch abzuschneiden, könnte dabei an ihre Grenzen kommen. Der 57 Mrd. Euro schwere „Große Investitionsplan“ für die Jahre 2018–2022 soll ökologischen Wandel, Bildung, Innovation sowie Digitalisierung unterstützen – und Kritiker milde stimmen.

*Ansprechpartner/-innen:*

*Dr. Sara Borella, DIHK Berlin, Telefon 030 20308-2304*

*Barbara Fabian, DIHK Brüssel, Telefon 0032 2 286-1610*

*Christopher Gosau, DIHK Brüssel, Telefon 0032 2 286-1661*

*Guido Vogt, DIHK Berlin, Telefon 030 20308-2610*